



Auf der diesjährigen pax christi-Delegiertenversammlung wurde u.a. der Geistliche Beirat Horst-Peter Rauguth in seinem Amt bestätigt. Weitere Ergebnisse finden Sie auf den Seiten 16/17.

Foto: Eva Begemann, Fabian Wilczek

Vernetzt

Interessante
Veranstaltungen
befeundeter
Organisationen



Erklärung von KJG und pax christi

Zum Internationalen Friedenstag der UN erinnerten die KJG und pax christi an die Perspektive von Kindern und Jugendlichen: „Kinder und Jugendliche wünschen sich überall, in Frieden aufzuwachsen und die Welt nach ihren Vorstellungen und Wünschen mitgestalten zu können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass unsere Utopie des Aufwachsens und Lebens in Frieden und Freiheit Wirklichkeit wird“, betont die KJG-Bundesleiterin Anne Schirmer. „Gewalt, Militär und Krieg schränken die Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen ein.“

Die Katholische junge Gemeinde (KJG) ist ein großer demokratischer Kinder- und Jugendverband in der Katholischen Kirche und im BDKJ.

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de Redaktion Klaus Beurle, Christine Hoffmann (verantw.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber **Titelfoto** Joachim Feldmann **Gesamtherstellung** Ute Begemann, Solingen **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leserbriefen vor.

pax christi-Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de

Gedruckt auf Circleoffset Premium White (100% Recycling, FSC-zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 1_2016: 23.1.2016.

Dieser Ausgabe liegt die Unterschriftenliste „Export von Kleinwaffen und Munition stoppen“ der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ bei.

Editorial

„Euer Schmerz ist unser Schmerz“, das sagte ein syrischer Flüchtling, der zur französischen Botschaft gekommen war, um nach den barbarischen Angriffen Mitte November in Paris seine Solidarität mit den Frankreich zu zeigen. Er ist einer von vielen. Einer von denen, die vor der Bedrohung durch Terror und Krieg Zuflucht in unserer Demokratie suchen. Nehmen wir die Herausforderungen an und lernen gemeinsam mit den Menschen, die aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und vielen anderen Ländern vor Gewalt zu uns fliehen, wie Deutschland und seine Politik sich ändern müssen, um gemeinsame Zukunftsperspektiven zu schaffen.

Legale Einreisewege und die Bekämpfung der Fluchtursachen fordert die pax christi-Delegiertenversammlung, die im Oktober in Fulda tagte, und die Mitglieder von Bundesvorstand, Kommissionen und Arbeitsgruppen wählte. Die pax_zeit sprach mit einer der vielen pax christi-Mitglieder, die sich aktuell für Flüchtlinge stark machen, davon lesen Sie in der Rubrik „Aktiv für den Frieden“.

Der Schwerpunkt dieses Heftes liegt auf dem Blick in Länder, deren Alltag von Gewalt geprägt ist. Oliver Knabe berichtet über die neue Agenda der Vereinten Nationen zur Überwindung der Armut, bei der erstmalig auch explizit der Frieden thematisiert wird. Margaret Buslay und Klaus Beurle informieren über Mexiko und Pakistan.

Es ist offensichtlich, welch große Bedeutung der Handel mit Kleinwaffen in den aktuellen Konflikten hat. Jürgen Grässlin schreibt in diesem Heft über die aktuellen Aktivitäten dagegen und eine Unterschriftenliste der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ für einen Exportstopp von Kleinwaffen und Munition liegt dem Heft bei. Bitte sammeln Sie mit! Welch kreative Aktionen dazu möglich sind, zeigte pax christi Limburg bei der Einheitsfeier in Frankfurt – mehr dazu lesen Sie auf Seite 21.

Nicht zuletzt bringt dieses Heft den letzten Beitrag unserer diesjährigen Artikelserie zu bewaffneten Drohnen – der Automatisierung des Krieges. Christof Grosse reflektiert die kulturelle Bedeutung dieser Waffengattung.

Ich danke Ihnen für Ihr Friedens-Engagement und für die Treue zur pax_zeit!

Einen friedvollen Jahresausklang
wünscht

Christine Hoffmann

Inhalt

International

Seite 4

Agenda 2030: Wenig Zeit für große Ziele

Oliver Knabe

Seite 6

50 Jahre Waffengewalt – Ende in Sicht?

Margaret Buslay

Seite 8

Pakistan wird zerrissen

Klaus Beurle

Kampagne

Seite 10

Das Netzwerk-Trio des Todes

Jürgen Grässlin

Aktiv für den Frieden

Seite 12

Save me!

Christine Hoffmann

Drohnen

Seite 14

Wie Drohnen unsere Kultur verändern

Christof Grosse

Aus der Bewegung

Seite 16

Beschluss der Delegiertenversammlung

Seite 16

„Zukunftsversammlung“ in Fulda

Markus Weber

Meldungen

Seite 18

Aus dem Bundesvorstand

Odilo Metzler

Seite 19

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Seite 20

Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

Glaube Perspektive

Seite 23

Begegnung

Wolfgang Gramer



Foto: Joachim Feldmann

Verschwindenlassen

*„Lebend haben sie sie uns weggenommen! Lebend wollen wir sie wieder!
Mit Solidarität gegen den Terrorismus des Staates. Wir alle sind Ayotzinapa.“*

Der Fall Ayotzinapa ist zum Symbol für die systematischen Fehl- bzw. Falschinformationen der mexikanischen Behörden geworden. Das Factsheet der pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt dazu finden Sie auf www.paxchristi.de

Wie die pax christi-Delegierten in Fulda ihre Solidarität zeigten, können Sie auf Seite 16 nachlesen.

Agenda 2030: Wenig Zeit für große Ziele

Zivile Friedenslogik gibt die Richtung vor



Fotos: UN Photo/Cla Pak

Auf das UN-Gebäude in New York projiziert: 17 neue Entwicklungsziele verbinden das Prinzip Nachhaltigkeit mit ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen.

Oliver Knabe

Während in Deutschland zahlreiche Menschen Schutz vor Krieg und Not suchen, hat sich die Weltgemeinschaft in New York Ende September in der sogenannten Agenda 2030 nicht weniger vorgenommen als Hunger und Armut zu beseitigen, den Klimawandel zu begrenzen und Kriege zu beenden. Die bislang wenig beachteten nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 bieten die Chance, die komplexen Ursachen von Flucht anzugehen und unsere Welt so zu gestalten, dass Menschen nicht länger gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

15 Jahre hat sich die Weltgemeinschaft vorgenommen, um die Ziele zu erreichen. Eine kurze Zeit für diese große Aufgabe.

Die Ziele der nachhaltigen Entwicklungsagenda erreichen wir nur, wenn jetzt, in den ersten Jahren weitreichende politische Entscheidungen für eine gesellschaftliche Transformation gefällt werden. „Frieden und Gerechtigkeit JETZT“ lautet deshalb der Titel der Kampagne, mit der das Forum Ziviler Friedensdienst für eine ambitionierte Umsetzung der Agenda wirbt.

Erfolg der weltweiten Friedensbewegung

Die Präambel der Agenda nennt fünf gleichberechtigte Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung: Die ersten drei

sind alte Bekannte: people, planet, prosperity – Soziales, Umwelt und Wirtschaft. Neu sind zwei weitere Aspekte: peace & partnership – Frieden und Partnerschaft. Dass Frieden inzwischen als zentraler Aspekt der Nachhaltigkeit benannt wird und als wesentliches Ziel ausdifferenziert wird, ist ein großer Erfolg für die weltweite Friedensbewegung – und eine Herausforderung in der praktischen Umsetzung.

Frieden ist in drei Aspekten wesentlich für die Umsetzung der Agenda:

1. Frieden ist als eines von 17 Zielen in der Agenda verankert. So lautet Ziel 16.1. „Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit deutlich zu verringern.“
2. Frieden ist zugleich Voraussetzung für den Erfolg der Agenda insgesamt: Ein Blick auf die Bilanz des Vorgängerdokuments der „Millenium Development Goals“ zeigt: Vor allem in fragilen und von Gewalt erschütterten Staaten wurden die bisherigen Entwicklungsziele massiv verfehlt. Bewaffnete Konflikte sind Hungertreiber Nr. 1, hielt dazu die Welthungerhilfe unlängst fest.
3. Frieden beschreibt zudem Haltung und Methoden: Die zivile, also friedliche Konfliktbearbeitung kann wesentliche Beiträge auf dem Weg zu wichtigen Zielen der Agenda leisten. Als Friedenslogik beschreibt sie ein Vorgehen, das auf gemeinsame Problemlösung statt Gefahrenabwehr, auf Dialog und Globalverträglichkeit statt auf Partikularinteressen setzt und auf Fehlerfreundlichkeit



www.globalgoals.org/de

statt auf Eskalation. Dieser zivilen Friedenslogik folgt die Agenda an vielen Stellen.

Kurzum: ein erfolgreicher, gewaltfreier Umgang mit Konflikten ist eine wesentliche Voraussetzung, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen.

Grundlagen der Friedenslogik

Drei Ebenen müssen berücksichtigt werden, um die Ziele der Agenda effektiv verfolgen zu können: Erstens müssen wir mit ihrer Umsetzung bei uns selbst anfangen, z.B. bei der Nachhaltigkeit unseres Konsums: im Gegensatz zu ihren Vorgängern sind die Agendaziele Welt-Entwicklungsziele und gelten für alle Staaten – nicht nur für den globalen Süden. Zweitens müssen wir die Auswirkungen unseres Handelns und Unterlassens in Deutschland auf andere Länder in den Blick nehmen. Wichtige Stichworte sind beispielsweise Waffenexporte, Rohstoffpolitik und Ressourcenverbrauch. Drittens ist unsere solidarische Unterstützung anderer Staaten und ihrer Gesellschaften in der Umsetzung der Agenda gefragt.

Genau dies sind gleichzeitig die Grundlagen der oben beschriebenen Friedenslogik. Der widerspricht deutsche Politik an vielen Stellen, beispielsweise in der unlängst beschlossenen Verschärfung des Asylrechts, die wie schon so oft in der Vergangenheit Flüchtlinge zum Problem erhebt, statt Fluchtursachen in den Blick zu nehmen.

Herausforderungen mit zivilen Mitteln bewältigen

Kohärenz einzufordern und sich in die Diskussion um nachhaltige Politikkonzepte einbringen, ist eine Aufgabe für die Zivilgesellschaft. Die Friedensbewegung ist deshalb aufgefordert, sich selber der Komplexität globaler Herausforderungen zu stellen und sich über traditionelle Allianzen hinaus mit Aktivist/innen und beispielsweise Organisationen, die sich um Umweltfragen kümmern, zu vernetzen. Die „Lokale Agenda 21“ zu Umwelt und Entwicklung aus den 90er Jahren bietet dafür viele Anregungen.

Denn es gilt: Die Herausforderungen, die die Weltgemeinschaft mit der Agenda 2030 angehen möchte – die Beendigung von Armut und Hunger, der Klimawandel, die Geschlechtergleichstellung und nachhaltige Ressourcennutzung – haben eines gemein: Sie sind nur mit zivilen Mitteln zu bewältigen! Deshalb muss sich der Vorrang für ziviles Handeln endlich auch in der finanziellen Schwerpunktsetzung niederschlagen. Der Skandal des weltweiten Missverhältnisses von Ausgaben für die Agendaziele einerseits und den Ausgaben für Militär und Rüstung andererseits trifft auch auf Deutschland zu. Es mangelt nicht an Ressourcen – es mangelt an der politischen und gesellschaftlichen Bereitschaft zu einer ganzheitlichen Transformation. Dazu beizutragen, ist unsere Aufgabe.

Oliver Knabe ist Geschäftsführer des Forum Ziviler Friedensdienst.

50 Jahre Waffengewalt – Ende in Sicht?

Ein Schritt auf dem langen Weg zu Frieden in Kolumbien



Foto: Margaret Buslay

Margaret Buslay

Am 23. September wurde ein Foto besonderer Art in Havanna/Kuba geschossen: Der historische Handschlag zwischen Präsident Santos und dem Kommandanten Timoleón Jiménez. Nach drei Jahren Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und den Rebellen der FARC wurde die Einigung auf eine „Sonderjustiz für den Frieden“ als weiteres Teilabkommen bekannt gegeben. Behandelt werden sechs Themen: Landreform, Demokratisierung und politische Beteiligung der Bürger, Ende des Konfliktes und politische Integration der Guerilla, illegalen Drogen, Entschädigung für die Opfer, Durchführung und Verifizierung des Friedensabkommens. Als Knackpunkt galten die Bedingungen, unter denen die FARC ihren bewaffneten Aufstand gegen eine legale, politische Aktivität eintauschen. Dieser gilt nun als gelöst, doch gefährden auch jetzt Militäroperationen den bisher nur einseitig von der FARC verkündeten Waffenstillstand. Bis zum 23. März 2016 soll das Gesamtabkommen stehen und den mehr als 50 Jahre anhaltenden bewaffneten Konflikt zwischen Regierung und FARC-Guerilla beenden.

Friedensdialog zwischen Regierung und FARC-Guerilla

Die Rechtsanwältin Ana Maria Rodriguez aus Bogota berichtete über den Stand des Friedensdialoges zwischen der

Regierung und der FARC-Guerilla. Vor kurzem wurde die Einrichtung einer Wahrheitskommission beschlossen. Als eine Art Übergangsjustiz soll eine Sonderjustiz für den Frieden geschaffen werden, die über eigene Justizeinrichtungen verfügt. Vor ihr sollen sich alle Akteure des Konfliktes, sowohl FARC-Mitglieder als auch Polizei und Militär verantworten. Für „politische“ Delikte soll es geringe oder „alternative“ Strafen bis hin zu weitgehender Amnestie geben, wenn die Täter bei der Aufklärung der Straftaten kooperieren. Keine Amnestie soll es für „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ wie Genozid, schwere Kriegsverbrechen, Geiselnahme, Folter, Zwangsvertreibungen, außergerichtliche Hinrichtungen und sexuelle Gewalt geben.

Kolumbianische Friedens- und Menschenrechtsorganisationen begrüßen das Abkommen zur Übergangsjustiz. Es bleiben jedoch etliche Fragen offen, die die genaueren Regelungen und deren Umsetzung betreffen. Als problematisch wird z.B. gesehen, dass Fakten, die in der Wahrheitskommission offengelegt wurden, nicht in einem Strafprozess verwendet werden dürfen. Fraglich ist, ob nach Jahren von Kriegspropaganda und einseitiger Fokussierung auf die FARC, vor allem unter der Präsidentschaft von Alvaro Uribe, bei einem Referendum die Mehrheit der Bevölkerung dem Abkommen zustimmen würde.

Luz Marina, die Mutter eines vom Militär ermordeten Zivilisten, demonstriert regelmäßig für eine strafrechtliche Verfolgung der Täter. Kolumbianische Militärs haben mehr als 4.000 junge Zivilisten verschleppt und ermordet und sie dann als im Kampf gefallenen Guerilleros ausgegeben, um so ein Kopfgeld zu erhalten.



Foto: Margaret Buslay

Menschenrechtsverletzungen nehmen zu

Menschenrechtsverletzungen wie Bedrohungen, Diffamierungen, Kriminalisierung (u.a. Anklagen aufgrund falscher Zeugenaussagen) und Morde haben seit 2012 zugenommen. Wer sich für den Schutz vor Menschenrechtsverletzungen, deren Aufklärung und Strafverfolgung sowie für die Rechte der Opfer einsetzt, lebt weiterhin in großer Gefahr. In den letzten Jahren gab es mehr soziale Proteste, was mit zunehmenden Konflikten im Zusammenhang mit der verstärkten Implementierung des neoliberalen Entwicklungsmodells zu tun hat.

Was für ein Frieden möglich wird, hängt nach Ansicht unserer Partnerorganisationen nicht nur von dem Abkommen in Havanna ab, vielmehr von der weiteren Entwicklung, die eine Bearbeitung der Konfliktursachen einbeziehen müsste. Wenn die von den USA in den 60er Jahren eingeführte „Doktrin der Inneren Sicherheit“ weiterhin gilt, werden auch in Zukunft gewaltfreie Regimekritiker als Staatsfeinde betrachtet und behandelt. Gesetzesprojekte, wie z.B. die Ausweitung der Militärjustiz, stehen im Widerspruch zu den Erklärungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden. Wenn Militärs die Verbrechen untersuchen, kann man von Straflosigkeit ausgehen. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten sind bisher nicht bereit zur Veränderung ihres

Kurses zugunsten der extrem benachteiligten Bevölkerungsmehrheit. Sie wollen ein Abkommen mit der FARC, um nationale und ausländische Investitionen zu sichern und noch bessere Geschäfte tätigen zu können, auch im Rahmen der bereits geltenden Freihandelsabkommen, u.a. mit den USA und der Europäischen Union.

Alle sozialen und Menschenrechtsorganisationen stimmen darin überein, dass es eine Nichtwiederholung der Verbrechen nur gebe, wenn der Staat eine ernsthafte Bekämpfung des Paramilitarismus vornehme, der ohne die Unterstützung oder Duldung der Sicherheitskräfte nicht existieren könnte. Laut Rodrigo Castillo könne man ohne Garantien für die Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Vereinbarungen von Havanna nicht von einem nachhaltigen und dauerhaften Frieden ausgehen.

Margaret Buslay ist Vertreterin der pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt in der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien.

Pakistan wird zerrissen

Wer hat die Macht?



Foto: Asianet-Pakistan / Shutterstock.com

Minderheiten haben in Pakistan einen schweren Stand. Shiiten und Ahmadiyya sind Zielscheiben staatlich verordneter Diskriminierung aller, die nicht zur Mehrheit der Sunniten gehören. Christen werden benachteiligt, schikaniert, terrorisiert. Doch sie sind mutig, gehen auf die Straße, protestieren – sie lassen sich nicht einschüchtern.

Klaus Beurle

Ist Pakistan ein gescheiterter Staat? Ist Pakistan noch regierbar? Gegenwärtig nicht selten gestellte Fragen. Die ethnisch vielfältige Bevölkerung, von arabischen, afghanischen und indischen Einflüssen geprägt, ist offen für Fremdes, weithin tolerant, gastfreundlich und handelstüchtig. Heute aber ist das stolze Kultur- und Handelsvolk jedoch nur noch ein Schatten seiner selbst. Der Gottesstaat liegt am Boden. Wie konnte es zum wirtschaftlichen Niedergang, zu politischer Instabilität und zu anhaltender terroristischer Gewalt kommen?

Immer häufiger wird die Gründung eines theokratischen Staats im säkularen Zeitalter als anachronistisch bezeichnet. Der Führer der Muslimliga Ali Jinnah hatte auf der Gründung eines eigenen Staats für die Muslime des Subkontinents bestanden – angeblich zur Sicherheit gegenüber den Hindus, die sich mit der Kongresspartei identifizierten. 1947 hatten jedoch 150 Millionen muslimische Inder dafür votiert, im säkularen Indien zu bleiben.

Die Ausrufung Pakistans (wörtlich: Land der Reinen) führte zu einer immensen Völkerwanderung und zum Ausbruch konfessionell motivierter Gewalt, dessen Ausmaß bisher auf dem Subkontinent unvorstellbar war. 1970/71 haben säkular

orientierte Muslime Bengalens, damals Ostpakistans, mit Unterstützung Indiens, in einem barbarischen Bruderkrieg gegen die „reinen Muslime“ Westpakistans rebelliert. Der indisch-pakistanische Konflikt weitete sich aus. Der Kampf um Kashmir ist bis heute das heikelste Konfliktfeld der beiden nuklear gerüsteten Staaten.

Pakistan kommt nicht zur Ruhe

Seit 1947 kommt Pakistan nicht zur Ruhe. Demokratische Ansätze (1947–1958) scheiterten. Der säkular orientierte Ali Bhutto (1972–1977) wurde 1977 hingerichtet. Das Militärrégime von Zia ul-Haq, das mit Unterstützung Amerikas eine rigide Islamisierung durchführte, währte bis 1988. Die USA hatten in dieser Zeit genügend „Gotteskrieger“ für den Kampf gegen die sowjetischen Besatzer Afghanistans ausgebildet. Nach erneuten demokratischen Ansätzen (1988–1999) sollte das Régime des gemäßigten Diktators Pervez Musharraf (1999–2008) für Stabilität sorgen. Nach dessen Verbannung ins Exil wechselten sich der konservative Nawaz Sharif und die liberale Benazir Bhutto als demokratisch gewählte Regierungsverantwortliche ab. Benazir Bhutto wurde 2007 ermordet, Nawaz Sharif ist heute wieder Regierungschef. Ob Militär oder Demokratie oder Anarchie – das Leben ging immer weiter. Mit dem Staat ging es immer weiter bergab.



Foto: Martin Pilgram

Mit Gebeten und Friedenslichtern gestalten wir an Allerheiligen 2014 eine Brücke nach Pakistan. Bei der pax christi-Delegiertenversammlung und in Karachi leuchteten bei der Messe die Lichter mit der Friedenstaube als Symbol der Verbundenheit. Eine Idee aus dem Gespräch zwischen Father Arthur Charles und Christine Hoffmann bei seinem Besuch in Berlin.

Seit dem Aufkommen der Taliban und der in Pakistan ausgebildeten Al-Qaida-Kämpfer vermehrt sich die Zahl der Gruppen islamistischer Terroristen, die in Berufung auf die Religion die Weltherrschaft anstreben. IS, der islamische Gottesstaat, ist das jüngste Produkt religiös getarnter Terrorideologie. Osama bin Laden konnte sich nur deshalb jahrelang unbehelligt im pakistanischen Abbottabad bewegen, weil Amerika gleichzeitig das Militär zur Kontrolle der Terroristen und zu ihrer Vernichtung finanzierte. Erst Barack Obama machte 2011 diesem Machtspiel ein Ende. Doch der Terror geht weiter. Er richtet sich gegen alles, was sich den religiösen Fanatikern in den Weg stellt – auch gegen das Militär, wie der grausame Anschlag 2014 auf Kinder einer Militärschule in Peshawar zeigte.

Staatlich verordnete Diskriminierung

Als die Taliban aufkamen, gab es eine begrenzte Zahl von Terroristen. Heute werden wir von Tausenden von Terroristen bedroht.

Minderheiten haben einen schweren Stand. Shiiten und Ahmadiyya sind Zielscheiben staatlich verordneter Diskriminierung aller, die nicht zur Mehrheit der Sunniten gehören. Christen werden benachteiligt, schikaniert, terrorisiert. Doch sie sind mutig, gehen auf die Straße, protestieren – sie las-

sen sich nicht einschüchtern. Das Blasphemiegesetz ist der größte Stein des Anstoßes. Bischof John Joseph hat sich 1998 aus Protest gegen den Missbrauch des Gesetzes das Leben genommen. Der muslimische Gouverneur Salman Taseer und der katholische Minderheitenminister Shahbaz Bhatti wurden 2011 auf offener Straße ermordet. Beide hatten sich für Minderheiten und für die Freilassung der wegen Gotteslästerung zum Tod verurteilten Asia Bibi eingesetzt. Einzelpersonen und Organisationen kämpfen trotz mangelnden Rechtsschutzes für die Rechte der Minderheiten. Malala Yousafzai, die junge Friedensnobelpreisträgerin von 2014, bietet Extremisten furchtlos die Stirn und kämpft für Bildung und Rechte von Mädchen und Frauen.

Pakistaner/innen sind mehrheitlich friedliebend und gastfreundlich. Wenn ich in Data Darbar, in der großen Moschee mit dem Schrein des Sufi-Heiligen Hadrath Syed Ali bin Uthman al-Hujwari (1010-1072), dem Patron von Lahore, entspannt bete und meditiere, ist die Welt zwischen den friedlichen Muslimen und mir eine heile Welt. Doch draußen, in der weltlichen Gesellschaft, sieht es anders aus. Die Zukunft Pakistans liegt im Dunkel – sie liegt dort, wo die Zukunft aller islamischen Gottesstaaten liegt.

Klaus Beurle ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion.

Das Netzwerk-Trio des Todes

Insiderinformationen können für den Prozessverlauf entscheidend sein



Foto: diva film, München

Öffentlicher Druck, unter anderem durch den Film „Meister des Todes“, führt zur Anklageerhebung gegen Heckler & Koch.

Jürgen Grässlin

Ein Grund zum Feiern

Sie habe „gegen sechs Angeschuldigte Anklage zum Landgericht – Große Wirtschaftsstrafkammer – Stuttgart wegen des Vorwurfs des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz“ Anklage erhoben, verkündete die Staatsanwaltschaft Stuttgart in ihrer Pressemitteilung vom 5. November 2015. Gegen die anderen 13 Mitbeschuldigten von Heckler & Koch (H&K) „wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt.“

Der Vorwurf der staatlichen Ermittler ist klar formuliert: „Den Angeschuldigten wird vorgeworfen, in den Jahren 2006 bis 2009 in unterschiedlichen Funktionen an 16 Lieferungen von Gewehren und Zubehörteilen nach Mexiko beteiligt gewesen zu sein, wobei die Gewehre und Zubehörteile mit Kenntnis der Angeschuldigten in mexikanische Bundesstaaten abgegeben worden sein sollen, die nicht von den deutschen Exportgenehmigungen umfasst waren.“ Mehrere Beschuldigte – unter ihnen zwei vormalige Geschäftsführer des an den Opferzahlen gemessen tödlichsten Unternehmens in Europa – das hat es noch nie gegeben. Ein Grund zu großer

Freude also – für mich als Anzeigerstatter, für Holger Rothbauer von pax christi als einmal mehr erfolgreicher Rechtsanwalt und für die Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!

Öffentlicher Druck

Und doch gibt es berechtigte Kritik, denn die Anklageerhebung seitens der Staatsanwaltschaft Stuttgart (StA) kam – nach Strafanzeigenstellung am 19. April 2010 – um Jahre zu spät. Und das in einem spektakulären Rüstungsexportfall, bei dem mindestens 10.000 G36-Sturmgewehre und weitere Kleinwaffen nach Mexiko transferiert wurden. Rund die Hälfte dieser Waffen wurde danach widerrechtlich in mexikanische Unruheprovinzen verbracht. Zweifelsfrei ist dies einer der folgenschwersten illegalen Waffendeals in der deutschen Rüstungsexportgeschichte.

Doch die Verantwortungskette für den widerrechtlichen Waffentransfer abertausender Sturmgewehre, so die Analyse nach jahrelanger intensiver Recherche, betrifft eben nicht einzig sechs Beschuldigte – einer der wichtigen Kritikpunkte am Vorgehen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft.



Der öffentliche Druck geht auf die zahlreichen Aktivitäten der Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! zurück. Und auf die Filme von Daniel Harrich („Meister des Todes“ und „Tödliche Exporte“ vom ARD-Themenabend am 23.09.2015 mit vielen Wiederholungen). Diese erzeugten mit mittlerweile mehr als fünf Millionen Zuschauern den notwendigen Druck, der jetzt zur Anklageerhebung geführt hat.

Massive Kritik am Vorgehen der Staatsanwaltschaft

Erhebt sich die Frage, welche Kräfte im Hintergrund gewirkt haben, dass die StA Stuttgart nach der Strafanzeigenerweiterung durch Rechtsanwalt Rothbauer 2012 und trotz absolut klarer Informationslage keine Ermittlungen gegen die Verantwortlichen bei der BAFA und beim BMWi aufgenommen hat. Dies stellt ein schweres Versäumnis der Stuttgarter Staatsanwaltschaft dar, weshalb ich über Rechtsanwalt Holger Rothbauer Beschwerde einlegen werde.

In unserem aktuell erschienenen Werk „Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden“ (Heyne-Verlag, Print und eBook) dokumentieren wir umfassend die enge Verwicklung des Bundesausfuhramtes (BAFA) und des Bundeswirtschaftsministeriums (BMW) in den widerrechtlichen G36-Waffendeal mit Mexiko. Die verantwortlichen Mitarbeiter der Rüstungsexportkontrollbehörden sind von der deutschen Justiz gleichsam dafür zur Rechenschaft zu ziehen.

Basierend auf Insiderinformationen des Netzwerk-des-Todes-Buches lassen sich die entscheidenden Fragen zum Netzwerk-Trio von Heckler & Koch, Kontrollbehörden und Regierungspolitik stellen und bearbeiten:

Wie hoch reichten bzw. reichen diese Machenschaften beim Mexiko-Waffendeal? Was wussten die zahlreichen Geschäftsführer und was der damalige wie heutige Hauptgesellschafter von Heckler & Koch, Andreas Heeschen? Welche Rolle spielten die früheren Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement und Michael Glos? Welche Rollen kamen den früheren Bundesverteidigungsministern Peter Struck und Franz Josef Jung zu? Welche den früheren Bundesaußenministern Joschka Fischer und Frank-Walter Steinmeier (zugleich der amtierende)? Was wussten die damaligen Staatssekretäre im Verteidigungs-, Außen- und Wirtschaftsministerium? Unterstützten sie die illegalen Machenschaften im Mexikodeal? Was wusste Volker Kauder, Wahlkreisabgeordneter in Rottweil (wo Heckler & Koch seinen Stammsitz hat) und als CDU/CSU-Vorsitzender der Bundestagsfraktion rechte Hand

Export von Kleinwaffen und Munition stoppen

Zum Tag der Deutschen Einheit forderte die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ die Bundesregierung auf, den Export von Kleinwaffen und Munition einzustellen. „Gerade jetzt, wo das Leid der Flüchtlinge uns so nahe kommt, müssen wir uns der politischen Verantwortung Deutschlands für Fluchtursachen stellen. Denn Deutschland ist weltweit einer der führenden Exporteure von Kleinwaffen und Munition. Kleinwaffen wie Pistolen, Maschinenpistolen und Gewehre sind weltweit für mehr Tote, Verletzte und Flüchtlinge verantwortlich als jede andere Waffenart“, erklärte Generalsekretärin Christine Hoffmann. Unter dem Motto „Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen“ präsentierte sich die „Aktion Aufschrei“ auf dem Fest der Begegnung in Frankfurt und startete die Unterschriftensammlung „Export von Kleinwaffen und Munition stoppen!“

Bitte unterstützen Sie uns beim Sammeln von Unterschriften. Eine Liste liegt dieser Ausgabe bei, weitere können bei pax christi bestellt werden.

von Frau Merkel? Und welche Rolle spielten Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundeskanzlerin Angela Merkel, damals wie heute Vorsitzende des Bundessicherheitsrates?

Die Antworten sind hochbrisant – und folgenschwer.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und einer der Sprecher der Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!



Foto: Jürgen Grässlin

Jürgen Grässlin gibt in seinen Büchern den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht.

Save me

Aktiv in der Flüchtlingspolitik



Foto: Sabine Kaldorf



Foto: Eva Begemann, Fabian Wilczek

Sabine Kaldorf: „Die tatsächlichen Probleme müssen auch angepackt werden.“

Interview mit Sabine Kaldorf

Sabine Kaldorf hat 2009 in Bonn die Save me-Kampagne mit aufgebaut. Seitdem investiert die Mathematikerin, die ihr Geld als IT-Beraterin in großen Projekten verdient, „so etwa zehn Stunden die Woche“ ehrenamtlich in die lokale Flüchtlingspolitik. August bis Oktober dieses Jahres hat sie ganz ihrem Ehrenamt gewidmet. Sabine ist eine von denen, die es möglich machen, dass Angela Merkels „Wir schaffen das“ wahr wird – und sie steht klar dahinter. An die Flüchtlings- und Asylpolitik der Bundesregierung hat sie allerdings ein paar Erwartungen, die so gar nicht erfüllt werden.

Täglich kommen Tausende nach Deutschland

Wir reden von 100.000 Westbalkanflüchtlings, die dieses Jahr mehr gekommen sind als in anderen Jahren. Aber wir reden von 1 Million, die aus dem Nahen Osten kommt. Eine wichtige Ursache ist, dass das Welternährungsprogramm im Juli die Nahrungsmittelrationen für die Flüchtlinge in den Lagern der Nachbarländer Syriens – Libanon und Türkei – halbiert hat. Die haben jetzt nicht mal mehr genug zu essen da. Schon vorher reichte es immer nur, um die Hälfte der Kinder zu beschulen. Langsam setzte sich die Gewissheit durch: Es wird nicht besser sondern immer schlimmer. Dann fing die Türkei an, die kurdischen Gebiete zu bombardieren. Syrische, kurdische Flüchtlinge fühlten sich in der Türkei nicht mehr sicher. Es kamen Proteste aus Europa gegen die Bomben und zur Strafe hat die Türkei Grenzen aufgemacht.

Das war alles im August. Der Eingriff Russlands auf Seiten von Assad kam ja erst deutlich später. Die Kosten für die Schlepperbanden fielen von 10.000 auf 5.000 Dollar pro Kopf – Mengenrabatt. Es folgte das bekannte Chaos in Ungarn. Deutschland reagierte erst, als die Menschen im Land standen. Die Debatte seither, dass die deutsche Tür wieder geschlossen werden soll, führt zu Torschlusspanik bei den Flüchtlingen.

Bonn konkret

In Bonn sind zurzeit – Oktober 2015 – 2.000 Flüchtlinge in der städtischen Unterbringung. Wenn man schaut, wer da kommt, kann man davon ausgehen, dass weit über 50 Prozent bleiben werden. Sobald die Öffnung eines Wohnheims angekündigt wird, egal ob des Landes oder der Stadt, organisiert sich ein Kreis von Leuten, die in der Nähe wohnen und etwas machen wollen. Und das sind dann in der Regel gleich mehr Ehrenamtliche als Flüchtlinge. In manchen Dingen leben wir in Bonn auf einer Insel der Seligen. Die Stadt bringt keinen einzigen Flüchtling in Zelt oder Turnhalle unter. Es ist niemandem etwas weggenommen worden, um Flüchtlinge unterzubringen. Bonn hat jetzt schon genug Unterbringungsmöglichkeiten entsprechend der vermutlichen Zahlen für dieses Jahr organisiert.

Was genau machst du?

Das Alleinstellungsmerkmal unserer Gruppe sind unsere Mentoren, die wir vermitteln. Inzwischen machen wir das ganze Mentoren-Programm professionell, zurzeit rein eh-

renamtlich mit einem 8-köpfigen Team, in dem zum Glück auch ein paar Profis dabei sind, die beruflich im Personalwesen tätig sind. Nichtsdestotrotz können Ehrenamtliche nicht beliebig viele Stunden arbeiten. Dass ich jetzt drei Monate Pause zwischen zwei beruflichen Projekten machen konnte, ist eine große Ausnahme.

Mentor/innen begleiten einzelne oder Familien. Sie unterstützen sie vor allem beim Erwerb der deutschen Sprache. Sie begleiten sie bei Behördengängen oder bereiten diese mit ihnen vor. Sie bleiben monatelang mit „ihrem Flüchtling“ in Kontakt und bieten dadurch echte Integrationshilfe. Sie erklären sich bereit, über viele Monate ca. 2 Stunden pro Woche für Fragen und Anliegen der Familie da zu sein. Sie fragen: was braucht ihr und helfen dann dabei, das zu finden.

Save me Bonn hat bald eine bezahlte Koordination

Es ist genial, was sich da zurzeit alles ehrenamtlich tut. Allerdings wäre es Aufgabe der Kommune, diese Arbeit zu koordinieren, wenn sie schon ehrenamtlich gemacht wird. Save me Bonn richtet ab Januar 2016 eine volle Stelle ein, die Koordinationsaufgaben übernehmen und die vermittelten Tandems laufend begleiten kann. Das heißt nicht, dass wir Ehrenamtlichen dadurch weniger zu tun bekämen, sondern dass wir uns nicht mehr darum kümmern müssen, Termine abzustimmen oder unklare Bedarfe genauer zu spezifizieren – und dass die laufende Begleitung der Mentor/innen sichergestellt ist, auch wenn es mehr als 100 sind. Geld dafür kommt zu 70% von der „Aktion Mensch“. Da dieses Geld aus privaten Spenden stammt und die Gruppe die restlichen 30% auch aus Spenden aufbringt, finanzieren die Bürger/innen also auch noch, dass die Arbeit, die sie ehrenamtlich einbringen, vernünftig koordiniert wird.

Klappt das eigentlich mit dem Deutschkurs für jeden Flüchtling?

Nein, natürlich nicht. Erstens hat Anspruch auf einen Integrationskurs nur, wer bereits eine Anerkennung hat. In der Regel dauert es mindestens ein Jahr bis zum Integrationskurs. Zweitens gibt es viel zu wenige Deutsch- und Integrationskurse. Bei der Anerkennung der beruflichen Bildung der Flüchtlinge und bei der Schaffung von Wegen in den Beruf hier in Deutschland mangelt es noch stark. Für die Flüchtlinge ist der Spracherwerb das wichtigste, um in qualifizierte Beschäftigung – auch in ihren gelernten Beruf – zu kommen. Ohne Deutsch geht nur Putzen, Lager einräumen oder Baustelle. Es braucht ein differenziertes Integrationsangebot

und bei den jungen Leuten gute Ausbildung. Dabei ist es wichtig, neue Angebote für die Flüchtlinge auch für die zu öffnen, die schon lange hier sind und längst das Gefühl haben, auf der Strecke zu bleiben. Das ist enorm wichtig, um unnötige soziale Spannungen zu vermeiden. Wir sehen ja mit Entsetzen, wie stark und skrupellos die sind, die hetzen und die Flüchtlinge für alle Probleme des Landes zum Sündenbock machen. Da muss auf allen Ebenen gegengesteuert werden. Wer Häuser anzündet und Menschen angreift, ist schnell zu bestrafen. Aber die tatsächlichen Probleme in Bezug auf Armut, Arbeit und andere soziale Probleme müssen auch angepackt werden.

Sabine Kaldorf ist Mitglied des pax christi-Bundesvorstandes.



Die Bonner Save me-Kampagne setzt sich für die dauerhafte Aufnahme und Integration von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR ein.

Aktivitäten

- Öffentlichkeitsarbeit für eine Willkommenskultur in Bonn
- Politische Lobbyarbeit zugunsten eines nationalen Resettlement-Programms in Zusammenarbeit mit derzeit 20 anderen lokalen Save me-Kampagnen
- Praktische Unterstützung für Flüchtlinge in Bonn
- Gemeinsame Aktivitäten, um Bonn und die deutsche Gesellschaft besser kennen und verstehen zu lernen
- Vermittlung von Mentorinnen und Mentoren, insbesondere zur Unterstützung beim Erwerb der deutschen Sprache

Wie Drohnen unsere Kultur verändern

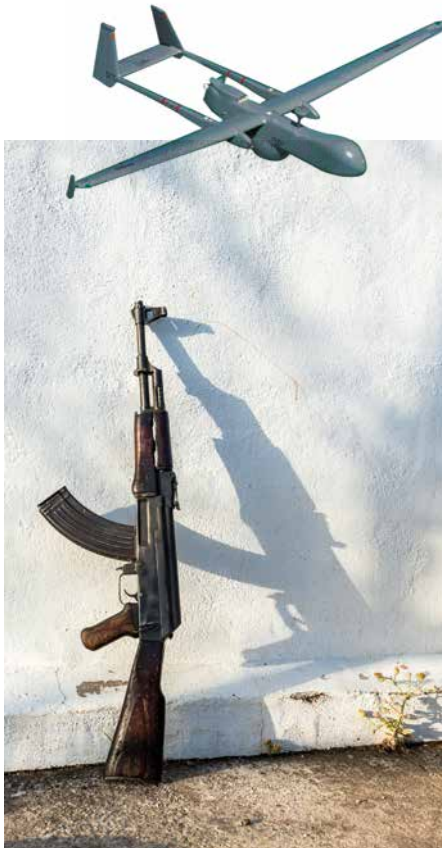


Foto: istock/Joel Carillet



Foto: istock/Dellus



Foto: fotolia/viappy

Abschluss der vierteiligen Artikelreihe zu Drohnen
[Christof Grosse](#)

Die Mythologie aller Zeiten weist Phantasien von distanzüberwindenden Fluggeräten auf. Der stählerne Adler etwa, der im finnischen Kalevala-Epos den Hecht aus dem schwarzen Tuoni-Fluss fängt, verkörpert mit seinen Fähigkeiten einen Menschheitstraum, eine positiv besetzte technologische Utopie. Argusaugen nennen wir nach dem Riesen der griechischen Sage Blicke, denen nichts entgeht. Die Entwicklung von immer perfekteren Drohnen, die agieren oder ausspähen, kann vordergründig als das Einlösen eines Zukunftsversprechens verstanden werden, analog zur Erleichterung aller Lebensumstände durch Automatisierung im Alltag. Doch die fragwürdige Nutzung folgt auf dem Fuß.

Kehrseite der Drohnentechnologie

Die Grundlage für die Drohnentechnologie wurde durch zwei Innovationen gelegt: die Revolution bei den digitalen Kommunikationsmöglichkeiten und die satellitengestützte Verfügbarkeit des Zugriffs auf die geografischen Koordinaten. Mit den von Edward Snowden offengelegten monströsen Details der Überwachungspraktiken zeigte die Fortschrittseuphorie hinsichtlich der IT-Kommunikation ihre Abgründe. Die Errungenschaft der geografischen „Luftthoheit“ erschien schon zuvor ethisch fragwürdig durch ihre fatale Konse-

quenz, das gezielte Töten mit Drohnen über Tausende von Kilometern hinweg zu ermöglichen.

Es kann nicht genug betont werden, dass die Kehrseite des Angriffs mit Drohnen die Überwachung ist. Mit der Überwachung und ständigen Angriffsdrohung geraten wir schrittweise in eine totalitäre Sphäre. „Phylogenetisch“ werden dunkle Erinnerungen an die Leibeigenschaft wach. Den betroffenen „unterlegenen“ Bevölkerungen wird am Ende der Wille zum Widerstand geraubt, es bildet sich eine Form von „Sklavemoral“ heraus. Dem steht die biblische Vision vom Leben in Sicherheit entgegen (Ez 34, 25-31). Sicher leben bedeutet nicht ein Umstelltsein mit Sicherheitssystemen, es bedeutet die Qualität des Zusammenlebens im Sinne der geistigen Freiheit eines „buen vivir“. Zwischen der Horrorvision der „Leibeigenschaft“ und dem uns zugesagten biblischen Gegenbild dämmert die Chance zur Veränderung auf. Der erste Schritt dazu ist die Verweigerung. Max Horkheimer hat öfters darauf hingewiesen, dass die Unterlegenen sehr klar zwischen den ihnen zugedachten Zumutungen entscheiden können. Ähnlich wie die Millionen Flüchtlinge, die gerade mit den Füßen über ihre Zukunft abstimmen, machen möglicherweise bald auch die Unterlegenen des digitalen Zeitalters das kapitalistische System – „diese Wirtschaft tötet!“ – und seine Nichtbereitschaft, die Güter der Erde gerecht zu teilen, als Ursache der Verteilungskämpfe aus, de-



Foto: jock+scott/photocase.de

rentwegen sie letztlich unter der Bedrohung von Drohnen leben müssen, und beginnen diese Ursache zu hinterfragen.

Wie wollen wir leben?

Man muss sich verdeutlichen, was der digitale Fortschritt mit uns macht. „Die Software frisst alles“ lautet der bekannte Ausspruch des Gurus der digitalen Revolution Marc Andreessen. Sie ersetzt jeden Lebensbereich, jede Produktivität durch Modelle, die schneller, klüger, billiger sind, und baut die gesamte Lebenswelt um. In immer kürzerem Abstand folgt eine Generation von technischer Ausreifung der nächsten. Die Drohnentechnologie ist Teil des allgemeinen Sogs, in den die reale Welt hineingezogen wird. Normalerweise fügen wir uns mit einer Art „Gottergebenheit“ in die Komplexität der digitalen Technologien. So offenkundig, wie aber in der Gefahr des von Drohnen Erfasst- und Anvisiert-werdens das unmittelbare körperliche Betroffensein kulminiert, sollte uns das zu der Einsicht führen, dass das Problem noch tiefer liegt.

Im Prinzip geht es um das Infragestellen des Tabus, mit dem technikfeindliche Positionen belegt sind, es geht um Selbstbescheidung, um eine „Postwachstumsdebatte“ über ein Moratorium bei technologischen Entwicklungen. Bei weitem nicht nur die Drohnentechnologie ist hier zu hinterfragen. Es endet immer wieder bei der zentralen Frage: Wie wollen wir



Foto: time./photocase.de

leben? Der Philosoph Richard David Precht bringt es auf den Punkt, indem er ein Übergewicht der technischen und das Fehlen einer gesellschaftlichen Utopie bedauert.

Aufbau einer Gegenkultur

Fortschritt ist unumkehrbar, das lehrt die Geschichte aller technischen Entwicklungen. Politisch kann es daher keine andere Konsequenz als die Ächtung von Drohnen geben, zumal wenn die Entwicklung in Richtung vollautomatisierte, selbst entscheidende Waffen geht. In ihrem Offenen Brief vom Juli 2015 haben sich zahlreiche Naturwissenschaftler/innen und Nobelpreisträger/innen wie schon im Fall der ABC-Waffen dafür ausgesprochen, die Gefahren dieser Technologie ernst zu nehmen und auf ihre Weiterentwicklung zu verzichten. Den Wissenschaftler/innen sind die Risiken des Overkills und der Proliferation zu groß: die Drohne könnte die „Kalaschnikow des 21. Jahrhunderts“ und in asymmetrischen Auseinandersetzungen in den Händen der Schwachen zur „schmutzigen Waffe“ werden. Die Ächtung durch Sperrverträge ist eine Form der Verpflichtung auf eine Kultur der zu bewahrenden Humanität. Wir alle sind zum Aufbau dieser Gegenkultur aufgerufen, zum Weg der Versöhnung, der über Dialog, Wahrheitssuche, Widerständigkeit zum gemeinsam bewohnten Haus führt.

Christof Grosse ist Sprecher der pax christi-Kommission Friedenspolitik.

„Zukunftsversammlung“ in Fulda

Delegiertenversammlung diskutierte das Thema Flucht und Migration sowie Perspektiven für pax christi



Fotos: Martin Pilgram



Markus Weber

Wie sehr das Flüchtlingsthema auch pax christi umtreibt, zeigten auf der Delegiertenversammlung vom 23. – 25.10.2015 im Bonifatiushaus in Fulda verschiedene Anträge und die Bildung einer Arbeitsgruppe zum Thema „Flucht und Migration“. Sie soll die künftigen Aufgaben von pax christi zu diesem Themenfeld erarbeiten. Das hohe Interesse der Delegierten führte auch zu einem Beschluss, der die Schaffung legaler Einreisewege für Geflüchtete sowie die Bekämpfung der Fluchtursachen einfordert – mehr dazu siehe Seite 18. Und schließlich wurde auch eine Arbeitsgruppe zum christlich-muslimischen Dialog eingerichtet.

Überhaupt stand die Neueinsetzung der Kommissionen bei der Delegiertenversammlung wieder an. Aufgabe solcher „Think Tanks“ ist, ihre Expertise zur Verfügung zu stellen. So hatten sich alle Kommissionen in einer Agora mit ihren Schwerpunkten des vergangenen Berichtszeitraumes präsentiert. Eindrücklich war eine Installation, mit der die Kommission Solidarität Eine Welt ihre Arbeit vorstellte: Auf Stühlen wie in einem Omnibus zeigten Delegierte die Porträt-Fotos von Studenten, die in Mexiko ermordet wurden.

pax christi gut aufgestellt

Nach der neuen Satzung wurden die Kommissionen auf Dauer eingerichtet. Ihre Mitglieder sind allerdings wie bisher auf drei Jahre gewählt. Dementsprechend intensiv wurden nicht nur die Arbeitsweisen, Arbeitsaufträge bzw. Arbeitsinhalte beraten. Besonders ausführlich wurde über die Arbeit und die Perspektiven der Kommissionen Friedensbildung sowie Globalisierung und soziale Gerechtigkeit dis-

kutiert. Die Kommission Solidarität Eine Welt befasst sich künftig nicht nur mit Lateinamerika und die Kommission Nahost hat auch die Nachbarländer im Blick.

Letztendlich wurden alle Kommissionen wieder eingesetzt. Viele Protagonisten waren bereits in der Vergangenheit als Mitglieder der jeweiligen Kommission aktiv. Es kamen aber auch Neue zum Zuge, beispielsweise in der Nahost-Kommission. Bemerkenswert das Engagement der ehemaligen Freiburger Freiwilligen Silke Mehre aus Köln, die sich sowohl in die Kommission Friedensdienste wie auch in die Kommission Solidarität Eine Welt wählen ließ. Wichtig war auch, dass die Bundesvorsitzende Wiltrud Rösch-Metzler aus Stuttgart und der Geistliche Beirat Horst-Peter Rauguth aus Saarbrücken mit guten Ergebnissen in ihren Ämtern bestätigt wurden. Neu in den Bundesvorstand wurde Stefanie Wahl aus Fulda gewählt. Verabschiedet wurden Michael Rösch und Rafael Müller.

Zukunftsfragen im Blick

So kann pax christi Deutschland nach dieser Delegiertenversammlung gut aufgestellt und zuversichtlich in die Zukunft schauen, wenn es darum geht, sich in Kirche und Gesellschaft zu Wort zu melden. Dennoch wird es eine Herausforderung für die katholische Friedensbewegung bleiben, weitere Zielgruppen zu erreichen. Diese Zukunftsfragen zu diskutieren und hierzu eine Strategie zu entwickeln, dazu hatte Norbert Richter die Delegierten bei der Versammlung in Fulda eingeladen. Der im vergangenen Jahr gewählte Bundesvorsitzende erinnerte bei dieser „Zukunftsversammlung“ daran, dass vor 20 Jahren aus Anlass des Bosnien-Krieges die Delegiertenversammlung eine Positionsbestimmung für eine aktive Ge-



Foto: Joachim Feldmann

waltfreiheit beschlossen hatte, die auch bei der Analyse der gegenwärtigen Konflikte immer noch seine Gültigkeit habe. Sie bleibe weiterhin der Kern des politischen Handelns einer Bewegung, die sich vor ihrem christlichen Hintergrund heraus für eine gerechte Welt ohne Gewalt und Waffen einsetzt.

Gerechtigkeit und Frieden in die Gesellschaft tragen

In Form eines Welt-Cafés setzten sich die Delegierten mit den Leitsätzen auseinander, die die Zukunfts-AG 2020 ausgearbeitet hat. Es geht um das Selbstverständnis und um die Zukunftsvision der pax christi-Bewegung. In wechselnden Tischrunden wurde diskutiert, wie pax christi die Option von Gerechtigkeit und Frieden in die gesellschaftlichen, politischen und innerkirchlichen Debatten hinein tragen und für Menschen- und Völkerrecht eintreten, also zu einer Kultur des Friedens beitragen kann. Interessant war die Nachricht, die Bischof Heinz Josef Algermissen (neben seinem Geistigen Impuls über den Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem und neben seiner Kritik an den Waffenlieferungen an Katar) mitgebracht hatte. Er stellte in Aussicht, dass das Positionspapier der Deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ aus dem Jahr 2000 in absehbarer Zeit weiter entwickelt wird. Er werde sich dafür einsetzen, dass pax christi daran beteiligt wird, um beispielsweise auch die Ergebnisse des diesjährigen pax christi-Kongresses „Gerechten Frieden weiter denken“ einbringen zu können.

Die pax_zeit-Redaktion gratuliert allen Neu- und Wiedergewählten! Wir freuen uns darauf, über spannende Aktivitäten berichten zu können.

Markus Weber ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion.

Wahlen 2015

Der neue Bundesvorstand

Präsident: Bischof Heinz Josef Algermissen (Fulda)

Bundesvorsitzende: Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)

Bundesvorsitzender: Norbert Richter (Essen)

Geistlicher Beirat: Horst-Peter Rauguth (Saarbrücken)

Weitere Mitglieder

Stefanie Wahl (Fulda), Sabine Kaldorf (Bonn)

Georg Hörschemeyer (Osnabrück), Gerold König

(Langerwehe), Josef Roberg (Monheim am Rhein)

Die pax christi-Kommissionen

Friedensbildung an Schulen

Peter Heim (Köln), Johanna Müller (Roetgen),

Georg Kesting (Bornheim), Achim Schmitz (Stuttgart)

Friedensdienste

Benedikt Pees (Bamberg), Monika Bossung-Winkler

(Böhl-Iggelheim), Veronika Hüning (Gescher)

Silke Mehre (Köln), Christian König (Stuttgart)

Christine Hoffmann (Sektion)

Friedenspolitik

Christof Grosse (Freiburg), Odilo Metzler (Stuttgart)

Albert Fuchs (Bonn-Meckenheim), Wolfgang Kramer

(Stuttgart), Norbert Fabian (Duisburg)

Globalisierung und soziale Gerechtigkeit

Stefan Leibold (Münster), Friederike Bude (Nottuln)

Martin Herndlhofer (Eschborn), Jonas Höpken (Oldenburg),

Dominic Kloos (Koblenz), Franz-Josef Pfeiffer

(Münster), Peter Schönhöffer (Ingelheim)

Nahost

Dr. Manfred Budzinski (Mühlacker), Dr. Karin Gerster

(Stuttgart), Anica Heinlein (Bonn), Michael Nann (Augsburg),

Marius Stark (Neuss)

Rüstungsexport

Harald Hellstern (Stuttgart), Verena Nerz (Reutlingen)

Fabian Sieber (Erfurt), Karl-Heinz Wiest (Kirchheim)

Solidarität Eine Welt

Margaret Buslay (Erkrath), Christa Guerrero (Düsseldorf)

Silke Mehre (Köln), Wolfgang Schaupp (Kappelrodeck)

Stefan Herbst (Bonn), Lukas Herbst (Marburg), Heinz

Neuser (Enger)

Solidarität mit Zentralafrika

Jean Djamba (Harxheim), Nicole Mokabi (Harxheim)

Brigitte Schmeja (Halle/Saale), Heinz Werner Wessler

(Uppsala), Reinhard J. Voß (Diemelstadt-Wethen)

Arbeitsgruppe zum christlich-muslimischen Dialog

Jost Eschenburg (Augsburg), Paul Reinwald (Regensburg),

Michael Rösch (Kaufbeuren), Bernhard Höbsch,

Franz Staudinger (Weißenburg), Adnan Nasser (Stuttgart)

gert)

Arbeitsgruppe Flucht und Migration

Ulla Joußen (Erkelenz), Sabine Kaldorf (Bonn), Alfred

Keienburg (Essen), Judith Gebhardt (Krefeld)

Beschluss der Delegiertenversammlung

Legale Einreisewege schaffen und Fluchtursachen bekämpfen

Die Delegiertenversammlung hat sich ein Positionspapier des Bundesvorstandes zum Thema: „Legale Einreisewege schaffen und Fluchtursachen bekämpfen“ zu Eigen gemacht. Die pax_zeit dokumentiert hier einen kurzen Auszug. Den gesamten Text finden Sie unter www.paxchristi.de oder bestellen ihn im pax christi-Sekretariat.

„Unter schwierigsten Bedingungen erreichen zurzeit Flüchtlinge Deutschland. Viele stammen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea und Somalia und suchen aus akutem Bürgerkrieg und Krieg eine sichere Zuflucht, Frieden und Zukunft. Andere fliehen vor aktuellen Auswirkungen des Klimawandels und damit verbundener Armut. Auch vom Balkan streben viele Menschen nach Deutschland; in ihren Herkunftsländern liegen die gewalttätigen Konflikte teilweise zwanzig Jahre zurück.“

pax christi fordert die Bundesregierung auf,

- legale Einreisewege zu schaffen;
- ein Einwanderungsgesetz zur Schaffung legaler Wege für Armutsflüchtlinge/Arbeitsmigranten auf den Weg zu bringen;
- auf das Konzept „sicherer Herkunftsländer“ zu verzichten und die bisherigen Benennungen von sicheren Herkunftsländern zurückzunehmen, weil dieses Konzept die Einzelfallprüfung aushebelt und daher aus menschenrechtlichen Erwägungen abzulehnen ist;
- keine so genannten Transitzone einzurichten, weil dies auf eine flüchtlingsfeindliche Masseninternierung hinausläuft und wichtige Errungenschaften der europäischen Integration außer Kraft setzen würde;
- das Resettlement-Programm – direkt aus den Erstzufluchtsstaaten – substantiell auszubauen.

Aus dem Bundesvorstand

Odilo Metzler

Algermissen: Besitz von Atomwaffen ist unmoralisch

Am 3. August erklärte pax christi-Präsident Bischof Heinz Josef Algermissen anlässlich des 70. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, es sei geboten, nicht nur den Einsatz von Atomwaffen als unmoralisch zu verurteilen, sondern auch deren Besitz zu ächten und so auf die Abschaffung der Atomwaffen generell zu drängen.

Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland, die durch die Lagerung von Atomsprengköpfen an Atomprogrammen beteiligt sind, müssten ihre Beteiligung endlich aufkündigen. „Doch statt sie zu entsorgen, werden Atomwaffen modernisiert.“

Bundeswehr-Weißbuch: Kirchen sollen Klartext reden

pax christi und die evangelische Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) haben am 3. September die deutschen Bischöfe und Kirchenleitungen aufgefordert, im Zusammenhang mit der Erarbeitung des neuen Weißbuches der Bundeswehr deutlich zu machen, dass die Sicherung wirtschaftlicher, machtpolitischer und geostrategischer Interessen keine Zielvorgabe für militärisches Planen und Handeln sein kann. „Solche Zielvorgaben widersprechen fundamental der christlichen Friedensethik.“ Die Kirchen sollten sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Interessen der Armen und Elenden in den Blickpunkt deutscher Außen- und Sicherheitspolitik genommen werden, betonen die pax christi-Bundesvorsitzende Wiltrud Rösch-Metzler und der AGDF-Vorsitzende Horst Scheffler in ihrem gemeinsamen Schreiben an die Vorsitzenden der christlichen Kirchen in Deutschland. Sie sollten „sich mit Klartext zu Fragen der Militärdoktrin zu Wort melden und hierbei den Konsens der gesamten christlichen Ökumene allen Beteiligten vor Augen halten“.

Flüchtlingskrise: Syrien-Verhandlungen nutzen

Der geschäftsführende Bundesvorstand nannte am 17. September die Lage der Flüchtlinge an den Außengrenzen und in der EU besorgniserregend und weit davon entfernt, dass ihre Grundbedürfnisse gestillt wären. Er dankte den freiwilligen und berufsmäßigen Helfer/innen, die Flüchtlinge versorgen und rief dazu auf, gemeinsam mit den hier lebenden Flüchtlingen die Willkommenskultur in Deutschland zu erhalten. „Die derzeitige Flüchtlingskrise ist eine Systemkrise. Die internationale Gemeinschaft hat nicht geholfen, die Konflikte im Mittleren Osten und in Nordafrika zu lösen, einschließlich des palästinensisch-israelischen Konflikts. Militärische Interventionen wie im Irak und Libyen, Rüstungsexporte in die Region und große Rücksichtnahme auf Partner wie Türkei, Saudi-Arabien und Katar haben Konflikte verstärkt.“ Umso wichtiger sei es, das Zeitfenster für Syrien-Verhandlungen mit Russland und Iran zu nutzen. Der Mittlere Osten brauche Gerechtigkeit und Frieden, wenn die vertriebenen Menschen einmal dorthin heimkehren sollen.

Internet-Sammelband zu „Kirche und Zweiter Weltkrieg“

70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges stellte pax christi am 22. September im Internet ein Lesebuch zur Verfügung,

DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR.

www.europa-pa-der-menschenrechte.org/

das Ergebnisse der neuen Forschung und Stoff für die Vermittlung an die kommenden Generationen bietet. Der Band, herausgegeben von Peter Bürger, enthält Texte von insgesamt vierzehn Autoren. Die Überschriften „gehorsam – kollektion“ und „unterbrechung – ungehorsam“ zeigen, wie „katholisches Milieu“, Theologen, Militärseelsorge, Bischöfe und Kirchenpresse die Kriegsmaschinerie unterstützten, andererseits nicht konforme Laien und Priester sich dem Kriegsmaschinerie unter Einsatz ihres Lebens verweigerten. Unter „aufbruch – vision“ finden sich Texte zur heutigen Diskussion und eine Vision für das dritte Jahrtausend zur Einheit der ganzen menschlichen Familie. „Es droht eine schwarze Wolke“. Katholische Kirche und Zweiter Weltkrieg, 338 Seiten, frei im Internet abrufbar unter paxchristi.de

Friedens- und Entspannungspolitik jetzt

Unterzeichner/innen des „Berliner Appells“, Vertreter/innen des „Willy-Brandt-Kreises“, des „Ostausschusses der deutschen Wirtschaft“ und der „Initiative für eine Neue Ostdenkschrift“, unter ihnen SPD-Bundesvize Ralf Stegner, Peter Brandt, Konrad Raiser und Wiltrud Rösch-Metzler berieten in Berlin über die Unterstützung einer neuen deutschen und europäischen Friedenspolitik. In einer gemeinsamen Erklärung am 8. Oktober heißt es: „Der Ukraine-Konflikt und die durch Kriege ausgelöste europäische Flüchtlingskrise geben dringenden Anlass, für eine neue Phase der Entspannungspolitik unter Einbeziehung Russlands zu kämpfen und Gespräche mit möglichst allen relevanten Akteuren zu suchen.“ Eine Politik, die weiter auf Sanktionen und die Isolierung Russlands setzt, löse die bestehenden Konflikte nicht. Die Bundesregierung solle ihre OSZE-Präsidentschaft im Jahre 2016 dafür zu nutzen, mit Hilfe der OSZE einen gesamteuropäischen Sicherheitsraum ohne Trennlinien aufzubauen.

pax christi unterstützt den Aufruf: Für ein Europa der Menschenrechte

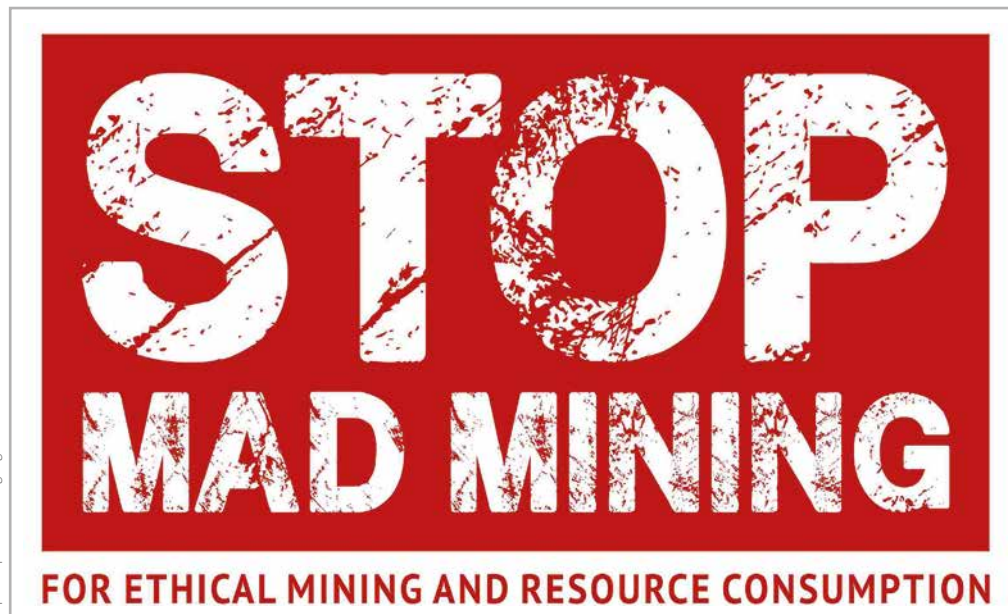
Mit anderen Organisationen und Personen hat pax christi am 2. Oktober einen Aufruf von Amnesty international unterzeichnet, der sich dafür einsetzt, statt neue Abschreckungsmaßnahmen in Form von Einschnitten im Aufenthalts-, Asyl- und Sozialrecht vorzunehmen, Teilhabe zu ermöglichen, Grundbedürfnisse zu decken und Zugänge in Bildung und Arbeit zu öffnen. Die Unterzeichnenden bekennen sich zu Humanität und Solidarität, der Wahrung von Menschenrechten, sicheren Zugangswegen und fairen Asylverfahren, Schutz vor Hetze und Anschlägen und einer offenen, menschlichen und von Vielfalt geprägten Gesellschaft. Unterstützen auch Sie den Aufruf.

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Den Mauerbau in Cremisan stoppen

Die Nahostkommission forderte am 20. August die Bundesregierung auf, ihren Einfluss gegenüber der israelischen Regierung geltend zu machen, um den Bau der Mauer im Tal von Cremisan zu stoppen. Auch verschiedene Bischofskonferenzen und die lokalen EU-Missionen in Jerusalem hatten die Entscheidung des israelischen Verteidigungsministeriums verurteilt. Mit dem Bau würde das letzte fruchtbare Tal in der Gegend um Betlehem an Jerusalem annektiert und die illegale israelische Siedlung Gilo



Für ein Ende des Handels mit Konfliktmineralien setzt sich die pax christi-Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ ein.

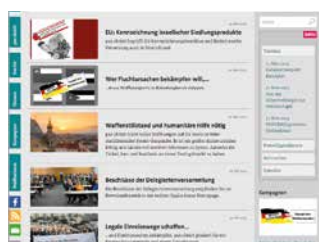
erweitert, was internationales Recht verletze und einen Angriff auf die christliche palästinensische Minderheit darstelle.

Chance durch Beendigung des Patriot-Einsatzes

Die Kommission Friedenspolitik begrüßte am 24. August die Beendigung des Patriot-Raketeneinsatzes der Bundeswehr an der türkisch-syrischen Grenze. Durch die Raketenstationierung sei Deutschland auf der Seite der Türkei Konfliktpartei geworden und habe nun die Chance, sich politisch für eine Beendigung des Konfliktes im Irak und Syrien einzusetzen unter Einbeziehung der Konfliktparteien und der Regionalmächte Saudi-Arabien, Iran und Türkei.

Stoppt den tödlichen Handel mit Konfliktmineralien

Die Kommission Solidarität mit Zentralafrika rief am 28. September zur internationalen Kampagne „Stop-Mad-Mining“ auf. Der Abbau von Rohstoffen gehe oft einher mit Menschenrechtsverletzungen, Umweltverschmutzung und kriegerischen Konflikten. Über eine Online-Petition oder durch eine Postkarte wird Wirtschaftsminister Gabriel aufgefordert, sich im Namen Deutschlands für eine verbindliche und menschenrechtsbasierte Richtlinie für Konfliktmineralien entlang der gesamten Lieferkette auszusprechen und einen Vorschlag des EU-Parlaments zu stärken.



Aktuelle und ausführliche Meldungen finden Sie auf unserer Webseite www.paxchristi.de

Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

Aachen

Freiwilligenjahrgang 2015/16 entsandt

pax christi hat 19 junge Menschen in ihren Freiwilligen Friedensdienst entsandt. Wie 2014 leisten fünf Personen ihren Dienst in Polen. Drei Freiwillige wurden nach Derwenta in Bosnien-Herzegowina entsandt, einer arbeitet im Kosovo und eine in Mazedonien. Die weiteren Projekte liegen in der Ukraine, in Lateinamerika: je zwei in der Dominikanischen Republik und in Ecuador. Neu eingerichtet vom Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart wurde eine Stelle in Betlehem. In die „umgekehrte Richtung“ nach Aachen, wo sie mit Behinderten arbeiten und das pax christi-Büro unterstützen, kamen zwei junge Frauen aus Bosnien-Herzegowina und Polen,.

Augsburg

Begegnungs- und Solidaritätsreise nach Palästina-Israel

Siebzehn Frauen und Männer nahmen an einer Begegnungs- und Solidaritätsreise nach Israel-Palästina teil, um Kontakte zu vertiefen und die aktuelle Situation vor Ort zu erfahren. Treffen mit Friedensorganisationen auf beiden Seiten zeigten eindrucksvolle und mutige Menschen, die sich nicht abfinden mit der Unrechtssituation. Ein Zeichen der Solidarität setzte die Gruppe mit der Teilnahme an der seit Mitte August täglich stattfindenden Friedensandacht

vor Bulldozern und Militärjeeps im Cremisantal, wo Israel nach Aufhebung des gerichtlichen Baustopps palästinensisches Privatland enteignet.

Freiburg

Südwestdeutsche Diözesanverbände fordern atomfreie Zukunft

Angesichts der Gefahr, die von der zivilen als auch von der militärischen Nutzung der Atomtechnologie ausgeht, haben die Verantwortlichen der Diözesanverbände Freiburg, Rottenburg-Stuttgart und Speyer sich bei einem Treffen im baden-württembergischen Haigerloch für den vollständigen Ausstieg aus dieser Technologie ausgesprochen und die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft aufgerufen, diesen unumkehrbar voran zu treiben. Statt der geplanten Stationierung modernisierter und dadurch qualitativ schärferer Atomwaffen auf dem Bundeswehr-Militärflugplatz im rheinland-pfälzischen Büchel fordern sie den vollständigen Abzug us-amerikanischer Atomraketen aus Deutschland.

Köln

Runder Tisch zu Frieden und Gerechtigkeit

Der Diözesanvorstand Köln hat Verbände, Institutionen und Initiativen im Erzbistum, denen „Frieden und Gerechtigkeit“ Anliegen sind, zu einem „Runden Tisch Frieden“ eingeladen. Etwa 20 Vertreter/innen u.a. des BDKJ, der kfd, des Diözesanrates, der Jugend- und Erwachsenenbildung, des Caritasverbandes sowie der Abteilung Weltkirche des Generalvikariates beteiligen sich. Als wichtige Aspekte wurden benannt: Spiritualität des Friedens, politische Dimension des Friedenshandelns, Lernen von Gewaltfreiheit und interreligiöser Dialog. Es soll ein Netzwerk entstehen für Informationsaustausch und gegenseitige Unterstützung zu diesen Themen.

Limburg

Neue Unterschriftenaktion gegen Kleinwaffen bei Einheitsfeier gestartet.

Mit einer neuen Unterschriftensammlung für ein Exportverbot von Kleinwaffen und Munition aus Deutschland der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! ist der Tag der Deutschen Einheit in Frankfurt gestartet. 35 Aktive schlängelten sich über den mit Menschen gefüllten Römerberg. Durch ihre roten „Blutgewänder“ und große Luftballons mit verknoteten Pistolen lenkten sie die Aufmerksamkeit auf ihr Anliegen: Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen. Siehe auch Seite 11.

Mainz

30. Begegnungswoche mit Zeitzeug/innen

Zum 30. Mal hat pax christi Mainz mit dem Maximilian Kolbe Werk, dem Bistum Mainz und weiteren Kooperationspartner/innen eine Begegnungswoche mit Zeitzeug/innen des Zweiten Weltkriegs durchgeführt. In Ilbenstadt überbrachte ihnen Domdekan Heckwolf die Grüße von Kardinal Lehmann und dankte für ihr Zeichen der Versöhnung. Die Zeitzeug/innen führten Gespräche mit Jugendlichen aus sieben Schulen und berichteten über ihre Leidensgeschichte während der deutschen Besetzung Polens im Zweiten Weltkrieg. Besuche polnischer Zeitzeugen an Schulen finden im Bistum Mainz seit 2001 statt.

München

Frauengruppe aus Betlehem in München

Zum dritten Mal besuchten Frauen vom Arab Educational Institute aus Betlehem pax christi München. Auf dem Programm standen ein Stadtrundgang, der Besuch der Amalienburg und des Lenbachhauses, Ausflüge an den Te-



Foto: pax christi Limburg

Auftritt in Blutgewändern: pax christi Limburg organisierte zur Feier der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2015 in Frankfurt den Protest gegen den Kleinwaffenexport.



Foto: pax christi Mainz

Mainz:
30. Begegnungswoche mit Zeitzeug/innen des Zweiten Weltkriegs durchgeführt

gernsee, nach Regensburg und das Oktoberfest. Aktuelle politische Herausforderungen erläuterte Stadträtin Evelyn Menges bei einem Empfang der Landeshauptstadt. Dass „Integration“ auch heißt, voneinander zu lernen und mit Verschiedenheit kreativ umzugehen, zeigten die Besuche im EineWeltHaus, im Islamischen Zentrum und bei Missio München.

Münster

Mitgliederbefragung

Im Vorfeld ihrer Diözesanversammlung hat pax christi Münster eine Fragebogenaktion durchgeführt, um sich ein Bild der Interessen und der Zufriedenheit ihrer Mitglieder zu machen. Ein Ergebnis dieser Mitgliederbefragung war, dass die Themen Bewahrung der Schöpfung, Interreligiöser Dialog sowie Flüchtlinge als am wichtigsten bewertet wurden.

Osnabrück-Hamburg

Gedenkfahrt nach Flandern

pax christi hat eine Studien- und Gedenkfahrt zu den ehemaligen Schlachtfeldern in Flandern durchgeführt. Nach einer Einführung in das militärische Geschehen in der Region von Ypern vor 100 Jahren reiste die Gruppe zu markanten Orten der Schlachten. So lassen z.B. der deutsche Soldatenfriedhof Langemark mit 45.000 getöteten Soldaten oder die endlosen Reihen von Grabsteinen auf dem britischen Friedhof Tyne Cot erahnen, mit welcher Brutalität der Krieg mit immer neueren Kampfmitteln wie z.B. Gas geführt wurde. Weiterhin wurden u.a. Kriegerdenkmäler, Sprengtrichter sowie das Museum zum Ersten Weltkrieg in Passchendaele besichtigt.

Rottenburg-Stuttgart

Seligspredung von Josef Ruf gefordert

Die Diözesanversammlung hat im Kloster Sießen den vor 75 Jahren hingerichteten katholischen Kriegsdienstverweigerer Josef Ruf aus Hochberg bei Bad Saulgau zur Seligsprechung vorgeschlagen und Bischof Fürst gebeten, sich dafür einzusetzen. In einem Gedenkgottesdienst hatte Weihbischof Renz Ruf als „Märtyrer der Gewaltlosigkeit“ bezeichnet, der den Waffendienst mit der Lehre Christi nicht vereinbaren konnte. Angesichts der aktuellen Kriege seien solche „Märtyrerinnen und Märtyrer der Gewaltlosigkeit“ auch heute dringend notwendig. „Es gibt kein gutes Töten!“, so der Weihbischof.



Trauer um Rudolf Oswald

pax christi Speyer trauert um seinen Geschäftsführer Rudolf Oswald, der am 8. Juli nach schwerer Krankheit im Alter von 62 Jahren verstorben ist. Bei der Trauerfeier bezeichnete Diözesanvorsitzende Monika Bossung-Winkler den Verstorbenen als „Fels in der Brandung“ für den Diözesanverband: „Immer hielt er die Friedensfahne hoch“. In den 20 Jahren als Geschäftsführer hatte Rudolf Oswald unaufgeregt und zuverlässig die Belange von pax christi vertreten. Er organisierte die Bistumsversammlungen und unterstützte den Friedensdienst junger Freiwilliger in Ecuador.

Begegnung



www.fairtradewelt.de

Wolfgang Gramer

„Gott hat keine Angst vor Neuem.“ Dieses Wort prägt die Spiritualität von Papst Franziskus. Deshalb fragt er alles an, was wir tun oder nicht tun, was wir denken oder sagen, aber auch wo wir schweigen und nicht Partei ergreifen – aber immer unter dem Gesichtspunkt der Begegnung.

Begegnung ist in der lateinamerikanischen Spiritualität wichtig. Immerhin beginnt ja das Christentum seinen Weg mit einer Begegnung: der Auferstandene begegnet Maria Magdalena – nach dem Johannesevangelium zuerst einer Frau, vor allen Männern. Dies sollte uns zu denken geben!

Was bewirkt diese Begegnung? Maria Magdalena wendet sich ab von ihrem bisherigen nachtrauernden Leben. Stattdessen macht sie sich auf, den lebendigen Christus im Wort zu den andern Frauen und Männern zu bringen, die noch trauern oder mutlos geworden sind.

Begegnung – encuentro – ist zentral. Wir haben in Lateinamerika keine „Sitzung“ oder „Arbeitstagung“ etc., wir sprechen vom encuentro. In der Begegnung lasse ich mich

ein auf die Person, der ich begegne. Ich lasse los, wenn ich das Gefühl habe, ich müsse mich verteidigen oder ins Recht setzen oder nur etwas haben wollen. Ich richte mich aus auf das, was ich in dieser Begegnung erfahren werde – positiv wie negativ.

So kann es mein schlimmster Gegner sein, dem ich begegne. Aber er wird sich wandeln, wenn ich nicht in meiner Burg bleibe und aus der Schießscharte heraus feuere, sondern herauskomme, so wie ich bin und mich der Begegnung mit ihm stelle – nicht blauäugig oder meine Gefühle missachtend, aber mit der inneren Kraft, die mich auf Neues ausrichtet.

Wichtig ist dabei, dass ich in jedem Menschen an das Gute glaube, das Gott in ihn gelegt hat. Manchmal ist es verschüttet; manchmal traut der andere nicht, sich zu öffnen, weil er Angst hat – genauso wie ich. Begegnung überwindet die Angst. Sie macht frei und lässt uns gemeinsam das Neue entdecken, das Gott mit uns vorhat.

Die Begegnung Jesu mit den Menschen veränderte ihr Leben, weil er sie spüren ließ: Du bist wichtig, Gott liebt dich! Wo wir uns von ihm anstecken lassen und seine Begegnungen als Vorbild für unser Leben nehmen, werden wir durch jede Begegnung reicher.

Begegnung verändert uns, auch unsere Denkgewohnheiten. Das kann Angst auslösen, weil ich spüre: da muss ich etwas ändern, da sollte ich mit anderen Augen schauen, mit Augen, die das Bedrohliche überwinden.

Dann muss ich keine Waffen bauen, um mich zu verteidigen, weil ich weiß: Waffen zerstören nur das Leben, die Hoffnung, die Liebe. Warum nur sind wir Menschen so erfindungsreich, wenn es ans Zerstören geht? Warum fällt es uns so schwer, die „Gerechtigkeit als Panzer“ anzuziehen, den „Helm des Heiles“ aufzusetzen und das „Schwert des Geistes“ (Eph 6) zu ergreifen, jenes befreiende und heilende Wort Gottes, das Begegnung schafft und so Menschen einander näher bringt? Könnten dies doch auch die Verantwortlichen für die Politik im Nahen Osten erkennen!

Wolfgang Gramer ist Geistlicher Beirat von pax christi Rottenburg-Stuttgart.

Für Großes braucht es viele.
Postkartenaktion für pax christi



Mit dem diesjährigen pax christi-Spendenbrief haben alle Mitglieder und Spender/innen die Postkarte „Für Großes braucht es viele“ erhalten. Diese Postkarte soll dabei helfen, weitere Unterstützer/innen und Spender/innen für pax christi zu finden.

Sie waren bereits aktiv

Schon in den ersten Wochen der Aktion wurden viele Postkarten weitergegeben.

Sie haben dabei über die Arbeit und damit über Ihr eigenes Engagement bei pax christi geredet und so möglicherweise neue Unterstützer/innen und Spender/innen für Ihre Arbeit gefunden.

Vielen Dank,
dass Sie mitgemacht haben.

Sie wollen noch mehr tun

Sie haben noch mehr Menschen im Sinn, denen Sie eine Postkarte überreichen wollen?

Postkarten erhalten Sie kostenlos im pax christi-Sekretariat:

Ein kurzer Anruf unter Tel. 030 20076780 oder per Mail an sekretariat@paxchristi.de genügt.

Vielen Dank, dass Sie weitere Postkarten verteilen wollen.

Sie sind noch unentschlossen

Wir wissen, dass Werbung in eigener Sache nicht immer leicht ist.

Aber wer, wenn nicht Sie als aktives Mitglied von pax christi, weiß überzeugender von der alltäglichen Friedensarbeit zu berichten und andere für die Notwendigkeit weiteren Friedensengagements zu begeistern?

Vielen Dank,
dass Sie noch mitmachen.